

**Niederschrift der 36. Sitzung der Gemeindevertretung Am Mellensee
am Dienstag, den 18.10.2022 im Sitzungssaal der Gemeindeverwaltung,
Zossener Straße 21c, 15838 Am Mellensee**

öffentlicher Teil

Beginn: 19:00 Uhr bis 20:22 Uhr

Teilnehmer: **Bürgermeister**

-

Fraktion DIE LINKE

Janke, Tobias
Kruppa, Judith

Fraktion CDU

Porath, Dargo
Thiele, Andreas
Wildenhein, Udo

ab 19:10 Uhr

Fraktion SPD

Koch, Ingo

Fraktion UWG

Boss, Theo
Borkowski, Wilfried
Kosicki, Thomas
Pehnert, Dirk
Tscherwinka, Maik

Freie Wähler

-

AfD

-

Entschuldigt:	Broshog, Frank Schuster, Antje Schulze, Doreen Hänsel, Milan Elsner, Dieter	Bürgermeister UWG DIE LINKE Freie Wähler AfD
----------------------	---	--

Unentschuldigt:	Daske, Bert	SPD
------------------------	-------------	-----

Verwaltung:	Berkholz, Patrizia Rürup, Karina Reetz, Thomas Zehler, Sven	(zweite stellv. Bürgermeisterin, Teamleiterin Haupt- und Schulamt) (stellv. Teamleiterin Kämmerei) (Teamleiter Bauverwaltung) (Schriftführer)
--------------------	--	---

Anw. geladene Gäste:

Tagesordnung öffentlicher Teil

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil -
4. Einwendungen zu Niederschriften der vergangenen Sitzungen - öffentlicher Teil -
5. Bericht aus der Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KMS Zossen
6. Einwohnerfragestunde
7. BSV 164/36/2022 - Änderung der Schulbezirkssatzung
8. BSV 165/36/2022 - Beschluss über den geprüften Jahresabschluss 2014
9. BSV 166/36/2022 - Beschluss über die Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten für den geprüften Jahresabschluss 2014
10. Antrag auf BSV (Fraktionen DIE LINKE/UWG) - Erarbeitung einer Satzung bzw. Richtlinie zur Folgekostenregelung in allen zukünftigen städtebaulichen Verträgen
11. BSV 167/36/2022 - Bebauungsplan Nr. 19-01 „Wohnpark am Mellensee“ im OT Mellensee der Gemeinde Am Mellensee, Billigungsbeschluss des Vorentwurfes und Bestimmung zur frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
12. BSV 168/36/2022 - Bebauungsplan Nr. 19-02 „Küsterweg Ost“ im OT Sperenberg, Billigungsbeschluss des Entwurfes und Bestimmung zur Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 und 4 Abs. 2 BauGB
13. BSV 169/36/2022 - Bebauungsplan Nr. 20-01 „Wohnen an der Hechtseestraße“ im OT Saalow der Gemeinde Am Mellensee, Billigungsbeschluss des Entwurfes und Bestimmung zur Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 und 4 Abs. 2 BauGB
14. BSV 170/36/2022 - Bebauungsplan Nr. 21-02 „Schünower Weg“ im OT Gadsdorf, Billigungsbeschluss des Entwurfes und Bestimmung zur Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 und 4 Abs. 2 BauGB – TOP wird entfernt
15. Antrag auf BSV (Fraktion SPD) - Stelle Klimamanager*in
16. Zwischeninformation zur möglichen Büroerweiterung des geplanten Stellenmehrbedarfs
17. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung
18. Sonstiges

Zu 1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Tscherwinka, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Zu 2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Tscherwinka stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 10 Gemeindevertreter sowie die zweite stellvertretende Bürgermeisterin anwesend.

Zu 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil -

Ein Mitglied der Fraktion UWG verweist auf die nachträgliche Tischvorlage der Bauverwaltung zu TOP 14 des öffentlichen Teils und merkt an, dass dieser Tagesordnungspunkt verschoben werden sollte, da man sich mit den nachgereichten Unterlagen nicht ausreichend im Vorfeld befassen konnte.

Der Teamleiter der Bauverwaltung nimmt den TOP 14 aus diesem Grund von der Tagesordnung und verschiebt ihn somit auf die nächste Sitzung der Gemeindevertretung. Die Nummerierung der Tagesordnungspunkte bleibt der Übersicht halber bestehen.

Zu 4. Einwendungen zu Niederschriften der vergangenen Sitzungen - öffentlicher Teil -

Es liegen keine Einwendungen zu den Niederschriften der vergangenen Sitzungen vor.

Zu 5. Bericht aus der Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KMS Zossen

Der Vorsitzende berichtet aus den beiden vergangenen Sitzungen des KMS am 13.09. sowie am 27.09.2022, wobei es sich bei der ersten Sitzung im September um eine Sondersitzung in Vorbereitung auf die folgende Sitzung handelte. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Pressemitteilung des Zweckverbandes KMS Zossen vom 14.09.2022 in Bezug auf die rückwirkenden Beitrags- sowie Gebührenanpassungen. Möglicherweise können die Gutschriften mit den aktuellen Preissteigerungen verrechnet werden.

Ein Mitglied der Fraktion UWG bezieht sich auf den zweiten Absatz der Pressemitteilung und hinterfragt, ob das dort angegebene Datum (01.01.2011) denn so korrekt ist, da der Zeitraum sehr weit zurückliege.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass die Neuberechnung rückwirkend bis ins Jahr 2017 erfolgen werde, wird diesen Sachverhalt jedoch nochmal prüfen und anschließend die Mitglieder der Gemeindevertretung über das Ergebnis informieren.

Zu 6. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

Zu 7. BSV 164/36/2022 - Änderung der Schulbezirkssatzung

Die Teamleitung des Haupt- und Schulamtes erklärt, dass ab dem kommenden Schuljahr aufgrund des Zuzuges durch neue Baugebiete sowie Lückenbebauungen nicht ausreichend Schulplätze an den beiden Schulstandorten zur Verfügung stehen werden. In Zusammenarbeit mit der Bauverwaltung plane man deshalb eine Containerbaulösung am Schulstandort Sperenberg. Die Änderung der Schulbezirkssatzung sei nun notwendig, um möglichst vielen Schulkindern einen Schulplatz in der Gemeinde anbieten zu können. Kinder, die in der Grundschule am Mellensee aufgrund der Kapazitätsgrenzen nicht mehr reinpassen, können auch der Grundschule in Sperenberg zugewiesen werden. Dazu müssen die beiden Schulstandorte deckungsgleich sein, was mit der Änderung der Schulbezirkssatzung bewirkt wird. Eine entsprechende Stellungnahme bzw. Zuarbeit bzgl. dieser Satzungsänderung habe sie nur von der Anne Frank Grundschule Sperenberg erhalten. Nach dem Brandenburgischem Schulgesetz ist die Beteiligung der Schulen jedoch nicht verpflichtend.

Der Gemeindevertreter Herr Andreas Thiele betritt den Sitzungssaal um 19:10 Uhr.
Es sind nun 11 Gemeindevertreter anwesend.

Beschluss-Nr.: 377/36/2022

Die Gemeindevertretung Am Mellensee beschließt die Änderung der Schulbezirkssatzung ab dem Schuljahr 2022/2023 für die 1. Jahrgangsstufe.

Abstimmungsverhältnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

angenommen

Zu 8. BSV 165/36/2022 - Beschluss über den geprüften Jahresabschluss 2014

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat dieser Beschlussvorlage zugestimmt.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass er dieser Beschlussvorlage keine Zustimmung erteilen könne, da der Prüfbericht zum Jahresabschluss 2014 aufgrund fehlender Unterlagen zu früheren GV-Sitzungen im Ratsinformationssystem nicht nachvollzogen werden kann. Sämtliche Unterlagen bis zum Jahr 2016 sind nicht mehr auffindbar. Auf schriftliche Anfrage an den Bürgermeister bzgl. der fehlenden Sitzungsdokumente habe er eine Rückmeldung mit der Information des Dienstleisters des Ratsinformationssystems erhalten, dass die Daten vermutlich durch einen Nutzer manuell gelöscht wurden. Es gebe jedoch keine Backup-Funktion, noch sei es nicht nachvollziehbar, inwiefern Daten durch wen gelöscht worden sind. Demzufolge könne man hier eigentlich noch keine Entscheidung treffen. Es erscheine ihm fast kriminell, dass nur die Unterlagen der Gemeindevertretung im Ratsinformationssystem fehlen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung verweist noch kurz auf das Schreiben der Kämmerei bzgl. der Korrektur der Nummerierungen im Jahresabschlussbericht, welche jedoch laut Rechnungsprüfungsamt keinerlei rechtliche Auswirkungen auf den Jahresabschluss hat.

Beschluss-Nr.: 378/36/2022

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt den geprüften Jahresabschluss 2014 der Gemeinde Am Mellensee mit den Anlagen.

Abstimmungsverhältnis:

7 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

angenommen

Zu 9. BSV 166/36/2022 - Beschluss über die Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten für den geprüften Jahresabschluss 2014

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass für die Prüfung des Jahresabschlusses bzw. den vorliegenden Prüfbericht ein unabhängiges Rechnungsprüfungsamt verantwortlich ist und auch dafür haftet. Deshalb habe er dem Jahresabschluss zugestimmt. Bei dieser Beschlussvorlage könne er dies jedoch nicht tun, da der Hauptverwaltungsbeamte dafür zu sorgen hat, alle Beschlüsse der Gemeindevertretung zu jederzeit zugänglich zu machen. Dies ist, wie zuvor schon erwähnt, nicht geschehen.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE bestätigt, dass die vorliegenden Dokumente nicht ausreichen, um diesen Sachverhalt zu beurteilen.

Die zweite stellvertretende Bürgermeisterin erklärt dazu, dass den Gemeindevertretern Akteneinsicht angeboten wurde, um dieses Problem zu beheben. Allerdings möchte man die Dokumente nicht nur vor Ort in Papierform durchschauen, sondern auch jederzeit Zugriff auf die digitalen Dokumente haben. Auf die Frage, wie groß der zeitliche Aufwand wäre, die Dokumente neu ins Ratsinformationssystem einzustellen, erklärt sie, dass dies aufgrund des Umfanges zunächst zu prüfen sei.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE stellt den Antrag, diese Beschlussvorlage bis zur Klärung dieses Sachverhaltes zurück in den Rechnungsprüfungsausschuss zu verweisen.

Beschluss-Nr.: 379/36/2022

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt, die vorliegende Beschlussvorlage 166/36/2022 über die Entlastung des Hauptverwaltungsbeamten für den geprüften Jahresabschluss 2014 bis zur Klärung der Bereitstellung der zur Prüfung erforderlichen Unterlagen durch die Verwaltung zurück in den Rechnungsprüfungsausschuss zu verweisen.

Abstimmungsverhältnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

angenommen

Zu 10. Antrag auf BSV (Fraktionen DIE LINKE/UWG) - Erarbeitung einer Satzung bzw. Richtlinie zur Folgekostenregelung in allen zukünftigen städtebaulichen Verträgen

Ein Mitglied der Fraktion UWG bemängelt, dass es zu diesem Antrag keine Stellungnahme der Verwaltung zuvor gegeben hat.

Der Teamleiter der Bauverwaltung entschuldigt sich und erklärt, dass er aufgrund seiner Abwesenheit durch Urlaub und Krankheit nicht dazu gekommen ist und möchte dies gerne vor Ort nachholen. Er stimmt dem Antrag soweit zu, weist jedoch darauf hin, dass der Termin bis Februar 2023 aufgrund des zu großen Aufwands (z.B. für die Spitzabrechnungen bei den B-Plänen) zeitlich nicht umsetzbar sei. Außerdem werde es Schwierigkeiten bei der Abgrenzung von privaten bzw. öffentlichen Kosten in den einzelnen Abrechnungen der Unternehmen geben. Weiterhin erklärt er, dass es in Nuthe ebenfalls ein ähnliches Modell gebe.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass man hier die Frist so kurz gewählt habe, da man die Investoren bzw. Vorhabenträgern der laufenden B-Plan-Verfahren schnellstmöglich über die Folgekosten in Kenntnis setzen müsse, um deren Planung nicht zu behindern.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt sich damit einverstanden, dass anstatt der gewünschten Spitzabrechnungen nur Beispielrechnungen für die politische Entscheidung der Kappungsgrenze vorgelegt werden und passt dementsprechend den Beschlusstext an.

Beschluss-Nr.: 380/36/2022

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Verwaltung bis Februar 2023 eine Satzung bzw. Richtlinie erarbeiten zu lassen, in der die Folgekostenberechnung inkl. Kappungsgrenzen für alle künftigen und derzeit laufende B-Planverfahren, sowie deren Umsetzung in den städtebaulichen Verträgen geregelt wird. Alle Vorhabenträger laufender B-Pläne werden unverzüglich darüber informiert. Für die politische Entscheidung der Kappungsgrenze werden der GV mindestens zwei Rechenbeispiele vorgelegt. Die Regelungen zu Sanktionen bei Nichteinhaltung oder verspäteter Umsetzung der Vereinbarungen sind mit zu berücksichtigen.

Die Satzung bzw. Richtlinie ist in Anlehnung an das Potsdamer Baulandmodell zu gestalten.

Abstimmungsverhältnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

angenommen

Zu 11. BSV 167/36/2022 - Bebauungsplan Nr. 19-01 „Wohnpark am Mellensee“ im OT Mellensee der Gemeinde Am Mellensee, Billigungsbeschluss des Vorentwurfes und Bestimmung zur frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Der Bauausschuss als auch der Ortsbeirat Mellensee haben dieser Beschlussvorlage vorab die Zustimmung erteilt.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE gibt erneut zu bedenken, dass aufgrund der laufenden B-Planverfahren mit noch mehr Zuzug und damit steigenden Einwohnerzahlen zu rechnen ist, obwohl die notwendige Infrastruktur fehle. Dies solle bei allen Beschlüssen berücksichtigt werden.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass die Vorhabenträger der laufenden B-Pläne aufgrund der gut laufenden Gespräche jetzt nicht für die Fehler der Vergangenheit bestraft werden sollten, indem man die Umsetzung der B-Pläne nun verweigere. Diese Fehler sind leider nicht mehr änderbar, jedoch könne man diese zukünftig vermeiden bzw. aus den Fehlern lernen.

Beschluss-Nr.: 381/36/2022

Die Gemeindevertretung beschließt den Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 19-01 "Wohnpark am Mellensee" im OT Mellensee der Gemeinde Am Mellensee in der Fassung vom 30.05.2022, bestehend aus dem Teil A - Planzeichnung, dem Teil B - Textliche Festsetzungen sowie der Begründung mit ihren Anlagen.

Die Gemeindevertretung bestimmt, dass die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, gemäß § 4 Abs. 1 BauGB mit dem Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. 19-01 "Wohnpark am Mellensee" in der Fassung vom 30.05.2022 erfolgen soll.

Die frühzeitige öffentliche Auslegung des Vorentwurfs ist ortsüblich bekanntzumachen. Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind zu beteiligen.

Abstimmungsverhältnis:

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

Zu 12. BSV 168/36/2022 - Bebauungsplan Nr. 19-02 „Küsterweg Ost“ im OT Sperenberg, Billigungsbeschluss des Entwurfes und Bestimmung zur Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 und 4 Abs. 2 BauGB

Ein Mitglied der Fraktion UWG kritisiert den Passus „Gemeinbedarfseinrichtungen“ in der Anlage 2 (Begründung), da aufgrund der fehlenden Infrastruktur, wie z.B. Kita-Plätze in der Gemeinde jeder hinzutretende Einwohner die Gemeinbedarfs- und Versorgungseinrichtungen in einem erheblichen Maße beeinflusse bzw. zusätzlich belaste. Er sei deshalb von der Ausarbeitung der Architektin nicht überzeugt und bittet zukünftig um eine bessere Arbeit.

Der Bauausschuss als auch der Ortsbeirat Sperenberg haben dieser Beschlussvorlage ebenfalls vorab zugestimmt.

Beschluss-Nr.: 382/36/2022

Die Gemeindevertretung beschließt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 19-02 "Küsterweg Ost" im OT Sperenberg der Gemeinde Am Mellensee in der Fassung vom 26.08.2022, bestehend aus dem Teil I - Planzeichnung, dem Teil II - Textliche Festsetzungen, dem Teil III - Hinweise zum Vollzug der Vermeidungs- und Ersatzmaßnahmen sowie der Begründung.

Die Gemeindevertretung bestimmt, dass die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 19-02 "Küsterweg Ost" in der Fassung vom 26.08.2022 erfolgen soll.

Die öffentliche Auslegung des Entwurfs ist ortsüblich bekanntzumachen. Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind zu beteiligen.

Abstimmungsverhältnis:

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

Zu 13. BSV 169/36/2022 - Bebauungsplan Nr. 20-01 „Wohnen an der Hechtseestraße“ im OT Saalow der Gemeinde Am Mellensee, Billigungsbeschluss des Entwurfes und Bestimmung zur Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 und 4 Abs. 2 BauGB

Auch dieser Beschlussvorlage haben der Bauausschuss sowie der Ortsbeirat Saalow vorab seine Zustimmung erteilt.

Beschluss-Nr.: 383/36/2022

Die Gemeindevertretung beschließt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 21-02 "Schünower Weg" im OT Gadsdorf der Gemeinde Am Mellensee in der Fassung vom 07.09.2022, bestehend aus dem Teil A - Zeichnerische Festsetzung, dem Teil B - Textliche Festsetzungen sowie der Begründung.

Die Gemeindevertretung bestimmt, dass die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit dem Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 21-02 "Schünower Weg" in der Fassung vom 07.09.2022 erfolgen soll.

Die öffentliche Auslegung des Entwurfs ist ortsüblich bekanntzumachen. Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind zu beteiligen.

Abstimmungsverhältnis:

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

Zu 14. BSV 170/36/2022 - Bebauungsplan Nr. 21-02 „Schünower Weg“ im OT Gadsdorf, Billigungsbeschluss des Entwurfes und Bestimmung zur Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 und 4 Abs. 2 BauGB – TOP wird entfernt

Dieser Tagesordnungspunkt wird entfernt.

Zu 15. Antrag auf BSV (Fraktion SPD) - Stelle Klimamanager*in

Der Einreicher des Antrages erklärt, dass es sich hierbei um ein brandaktuelles Thema in den Kommunen handle und man die Chance der Förderung der Stelle des Klimamanagers von mind. 70 % bis max. 100 % nutzen sollte.

Die zweite stellvertretende Bürgermeisterin erklärt, dass diese Stelle im Stellenplan 2023 eingeplant wurde. Auch der Fördermittelantrag inkl. Bedingungen liegen der Verwaltung bereits vor. Die Beantragung der Fördermittel ist zeitnah geplant.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE ergänzt, dass diese Stelle bereits mit dem Stellenbedarf beschlossen wurde.

Ein Mitglied der Fraktion weist darauf hin, dass man hier nicht zu lange warten sollte, da die Fördermittel evtl. irgendwann ausgeschöpft sind.

Die antragstellende Fraktion passt den Beschlusstext dementsprechend an, so dass die Stelle des Klimamanagers gleichzeitig mit der Beantragung der Fördermittel ausgeschrieben wird.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung schlägt vor, diesen Beschluss der Gemeindevertretung dem Fördermittelantrag beizulegen.

Beschluss-Nr.: 384/36/2022

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt, eine befristete Stelle für eine/n Klimaschutzmanager*in im Stellenplan der Gemeinde zu schaffen, vorhandene Fördermittel für die Einstellung zu beantragen und die Stelle gleichzeitig auszuschreiben.

Abstimmungsverhältnis:

11 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

Zu 16. Zwischeninformation zur möglichen Büroerweiterung des geplanten Stellenmehrbedarfs

Ein Mitglied der Fraktion UWG bedankt sich bei der Verwaltung für die Ausarbeitung. Ihm fehlen allerdings alternative Ideen wie z.B. die gemeinsame Nutzung von vorhandenen Büroarbeitsplätzen in den einzelnen Teams z.B. in Krankheits- bzw. Urlaubszeiten. Die Arbeitsplatzkapazitäten in der Verwaltung werden derzeit leider nicht vollständig genutzt. Man könne sich auch einen PC mit mehreren Mitarbeitern teilen. Möglicherweise könnte man auch die Tourismusstelle der Verwaltung in das neue Strandbadgebäude Mellensee verlagern, um einen weiteren Arbeitsplatz zu gewinnen. Hier könnte man nochmal mit dem Fördermittelgeber kontaktieren und diese Möglichkeit besprechen. Die Problematik bzgl. der Erschließung mit Kommunikationstechnik (Breitbandzugang) könnte man z.B. über die neuartige satellitenbasierte Breitbandtechnik (Starlink) bereitstellen. Damit würde die Gemeinde auch in möglichen Krisenzeiten (Blackout) autark laufen. Weiterhin bemängelt er die vorhandenen DLRG-Diensträume im Obergeschoss, welche aufgrund der fehlenden Sicht auf den See sowie der Lage im Gebäude für sehr unpraktisch sind.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE weist auf die hohe Bereitschaft der Verwaltungsmitarbeiter zum mobilen Arbeiten hin und erklärt, dass man nun weiter in diese Richtung planen sollte.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass es einen rechtlichen Unterschied zwischen „Home-Office“ bzw. „mobilen Arbeiten“ gebe, welcher in der Bereitstellung der Ausstattung der Mitarbeiter durch den Arbeitgeber liege. Beim mobilen Arbeiten müsse zu Hause kein Büro eingerichtet werden.

Die zweite stellvertretende Bürgermeisterin äußert, dass die Lösung der fehlenden und notwendigen Arbeitsplätze im Desksharing liege. Ein entsprechendes Konzept für die Mitarbeiter der Verwaltung wurde bereits durch sie erarbeitet und liegt bereit. Es sind bereits finanzielle Mittel für 30 mobile Arbeitsplätze (Notebooks, Diensthandys) im kommenden Haushalt 2023 eingeplant worden. Der Bürgermeister erwartet nun auf eine Entscheidung der Gemeindevertretung anhand der vorliegenden Ausarbeitung, welche zuvor per Mail an die Mitglieder der Gemeindevertretung kommuniziert wurde.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass die Umsetzung des mobilen Arbeitens bereits mit dem gefassten Beschluss in der Sitzung der Gemeindevertretung im Juli 2022 möglich gewesen sei. Es findet diesbezüglich eine kurze Diskussion statt.

Ein Mitglied der Fraktion CDU ergänzt, dass man ebenfalls darüber nachdenken sollte, die Ehrenamtler mit technischen Arbeitsmitteln auszustatten.

Laut Aussage der Teamleiterin des Haupt- und Schulamtes sind ausreichend finanzielle Mittel im Haushalt 2023 eingeplant worden.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung erklärt, dass aufgrund der fehlenden Beschlussvorlage durch die Verwaltung kein konkreter Beschluss hierzu gefasst, jedoch eine Willensbekundung der Gemeindevertretung zu dieser Thematik ausgesprochen werden könne. Im Ergebnis dieser Beratung sprechen sich die anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung einstimmig für das Desksharing-Konzept in Verbindung mit dem mobilen Arbeiten ohne eine bauliche Erweiterung des Verwaltungsgebäudes aus. Diesbezüglich sind alle notwendigen Vorbereitungen sowie Ausarbeitungen unverzüglich durch den Bürgermeister zu veranlassen bzw. benötigte Beschlussvorlagen in die Gemeindevertretung einzubringen.

Zu 17. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung

Hierzu liegt eine schriftliche Anfrage der Fraktion CDU vor, welche bereits im Vorfeld durch die Verwaltung beantwortet wurde. Der Einreicher der Anfrage bittet darum, dass die Antworten auf die gestellten Fragen nicht folgenlos bleiben und man sich im Nachgang mit diesen Themen auseinandersetzt bzw. bestehende Mängel ausräumt. Bei fehlenden Konzepten z.B. im Falle eines Blackouts in der Gemeinde, müsse das Ziel der Verwaltung sein, solch ein Konzept nachträglich zu erarbeiten. Ihm ist bekannt, dass innerhalb der Verwaltung einen Krisenstab gebildet wurde. Er bezweifle jedoch, dass dieser im Ernstfall funktioniert, da er noch nie getagt hat. Weiterhin spricht er die erweiterte Standortüberprüfung für die geplante Feuerwehrrache Klausdorf durch den Bürgermeister an. Hier fehlt noch Rückmeldung zu den Ergebnissen.

Die zweite stellvertretende Bürgermeisterin erklärt, dass der Krisenstab, welcher aus den Teamleitern der Verwaltung, dem Bürgermeister sowie dem Gemeindebrandmeister besteht, noch nie zusammentreten musste, da dies glücklicherweise noch nicht erforderlich war. Im Falle einer möglichen Katastrophe sei der Landkreis zuständig und würde entsprechende Maßnahmen umsetzen. Als Evakuierungsort steht die Mehrzweckhalle Mellensee jederzeit bereit, wo derzeit eine Notstromversorgung installiert wird. Auch wenn es dem Krisenstab an der Erfahrung fehle, beschäftigt sich man regelmäßig in den Teamleiterberatungen mit diesen wichtigen Themen bzw. plane entsprechende Schulungen z.B. mit dem KMBD bzw. dem Landkreis. Zu den anderen Fragen könne sie derzeit nichts sagen, da ihr die entsprechenden Informationen fehlen. Der Bürgermeister habe die Standortüberprüfung bzgl. der Feuerwehrrache selbstständig durchgeführt. Der Vorsitzende der Gemeindevertretung bittet darum, dass der Bürgermeister zu den ungeklärten Fragen (Punkte 2a und 3) in der folgenden Sitzung ergänzend Stellung nehmen soll. Der Einreicher der Anfrage gibt zu bedenken, dass der Landkreis nicht ausschließlich für den Katastrophenschutz zuständig sei. Teilweise werden Verantwortungen bei überregionalen Großschadenslagen an die Kommunen abgegeben.

Die zweite stellvertretende Bürgermeisterin ergänzt, dass die Gemeinde für den Katastrophenschutz offiziell nicht zuständig ist und dafür auch keine finanziellen Mittel im Haushalt einplanen kann. Aufgrund der fehlenden Zuständigkeit darf auch kein Kostenträger für den Katastrophenschutz eingerichtet werden.

Der Einreicher der Anfrage erklärt im Zusammenhang mit der Antwort zu Punkt 4, dass die Einsatzfahrzeuge in die Jahre gekommen sind und dementsprechend eine Vielzahl von technischen Mängeln aufweisen. Möglicherweise kommt das Fahrzeug der Feuerwehr Klausdorf aufgrund der Verschleißerscheinungen nicht mehr durch den bevorstehenden TÜV-Termin am 08.11.2022. Sicherlich lassen sich einige Defekte reparieren, aber die Mängelliste werde auf Dauer nicht kürzer. Gleiches gilt für das Löschgruppenfahrzeug der Feuerwehr Mellensee, welches durch den TÜV gefallen ist, jedoch noch irgendwie repariert werden konnte. Möglicherweise könne das Fahrzeug bald komplett stillgelegt werden.

Die zweite stellvertretende Bürgermeisterin erklärt, dass sie die gestellte Frage aufgrund der Formulierung fehlgedeutet hat und die Antwort sich demzufolge nur auf die Gebäude bezieht jedoch nicht auf die Fahrzeuge. Sie ergänzt, dass neue Feuerwehrrfahrzeuge in den Investiven Maßnahmen des Haushaltes eingeplant wurden. Weitere Informationen hierzu sind ihr jedoch nicht bekannt. Auf Rückfrage erklärt sie, dass es jedoch aktuell noch keine Lösung für die Unterstellung dieser Fahrzeuge gebe.

Auch hierzu möge der Bürgermeister in der folgenden Sitzung nochmal kurz Stellung nehmen.

Ein Mitglied der Fraktion UWG bittet darum, dass die Antworten der Verwaltung zu den schriftlichen Anfragen für die bessere Nachvollziehbarkeit zukünftig in eine Datei zusammengefügt werden.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erkundigt sich nach dem Sachstand zur Umsetzung der Brandschutz-Konzepte in den Schulen im Zusammenhang mit dem vergangenen Gespräch beim Landkreis. Hierzu sollte eine Rückmeldung bis zum 01.10.2022 an den Landkreis erfolgen.

Der Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass fast alle Punkte von der Liste abgearbeitet wurden. Die einzige Maßnahme, die noch nicht abgeschlossen werden konnte, betrifft den zweiten Rettungsweg aus der zweiten Etage des Hortes. Hier muss noch eine Rettungstür, welche bereits beauftragt ist und deren Kosten sich auf 30 Tsd. Euro belaufen, eingebaut werden. Dies soll voraussichtlich bis Ende Oktober erfolgen.

Zu 18. Sonstiges

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung informiert darüber, dass es für die Flüchtlingsunterkunft einen neuen Betreiber gibt. Die Sozialarbeiterin möchte in einer Art Projekt das Wohnumfeld, wie z.B. die Grünanlagen neu gestalten und bittet in diesem Zusammenhang um Unterstützung der Gemeindevertretung, um mögliche Helfer oder Investoren zu finden.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung schließt damit den öffentliche Teil der Sitzung und bedankt sich bei den anwesenden Gästen sowie den Mitarbeitern der Verwaltung.

Am Mellensee, den 29.11.2022



M. Tscherwinka
Vors. der Gemeindevertretung